



Rahmenvereinbarung

Rahmenvereinbarung Re-Seller Adobe 2026

Teil A Allgemeine Regelungen	2
1 Gegenstand	2
2 Bestandteile der Rahmenvereinbarung	2
3 Einzelaufträge	4
4 Geschätztes Auftragsvolumen	5
5 Abnahmeverpflichtung/Mindestabnahme	5
6 Höchstvolumen	6
7 Berichtswesen (Reporting)	7
8 Vergütung der Leistungen	9
9 Preisanpassungen	10
10 Rechnungen	12
11 Verantwortlicher Ansprechpartner (m/w/d)	12
12 Remoteservice*	13
13 Haftpflichtversicherung	13
14 Haftungsregelungen	13
15 IT-Sicherheit	14
16 Allgemeine Sicherheitsanforderungen, Geheimschutz	15
17 Vertraulichkeit und Datenschutz	15
18 Laufzeit und Kündigung der Rahmenvereinbarung und von Einzelaufträgen	15
19 Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte	17
20 Textform	17
21 Anwendbares Recht, Gerichtsstand	17
22 Sonstige Vereinbarungen	17
Teil B: Überlassung von Standardsoftware auf Zeit (EVB-IT Überlassung Typ B)	18
1 Geltung der AGB	18
2 Übersicht über die vereinbarten Leistungen	18
3 Überlassung von Standardsoftware	18
4 Vergütung	18
5 Dokumentation	19
6 Besondere Nutzungsvereinbarungen gemäß Ziffer 3.2 EVB-IT Überlassung Typ B	19
7 Kopier- oder Nutzungssperren gemäß Ziffer 3.7 EVB-IT Überlassung Typ B	19
8 Kündigung (abweichend von Ziffer 4.1 EVB-IT Überlassung Typ B)	19
9 Kopie zu Prüf- und Archivierungszwecken bei Kündigung der Nutzungsrechte bzw. nach Ende der Überlassungsdauer	19
10 Störungsmeldung und Nacherfüllung	20
11 Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit	20
12 Erfüllungs- und Lieferort	21
13 Sonstige Vereinbarungen	21



Rahmenvereinbarung

Rahmenvereinbarung über Rahmenvereinbarung Re-Seller Adobe 2026

Vertragsparteien

kubus IT - Arbeitsgemeinschaft von Körperschaften des öffentlichen Rechts eGbR

c/o AOK Bayern, Friedrich-Puchta-Straße 27, 95444 Bayreuth

vertreten durch die Geschäftsführung Andreas Dahm-Griess,
dieser wiederum vertreten durch den Bevollmächtigten Axel Kusian

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber: **101185**

- Auftraggeber -

Auftragnehmer

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer: _____

- Auftragnehmer -

Teil A Allgemeine Regelungen

1 Gegenstand

Gegenstand dieser Rahmenvereinbarung sind folgende Leistungen:

Beschaffung von Software des Herstellers Adobe

Vgl. Anlage Nr. 6 (Leistungsbeschreibung)

2 Bestandteile der Rahmenvereinbarung

Es gelten als Vertragsbestandteile:

**2.1 dieser Vertragstext einschließlich der Begriffsbestimmungen und den folgenden Anlagen
in der hier aufgeführten Rangfolge:**

Anlagen zur EVB-IT Rahmenvereinbarung

Anlage Nr.	Bezeichnung	Datum / Version	Anzahl Seiten
1	Angebotsunterlagen	_____	_____
2	Datenschutzbestimmungen	_____	_____
2a	Einzelregelung - DS-Bestimmungen Sonstige Dienstleistungen Beratung	V10_31-03- 2025	_____



Rahmenvereinbarung

Anlage Nr.	Bezeichnung	Datum / Version	Anzahl Seiten
2b	Musterverpflichtung BDSG und DSGVO	V10_31-03-2025	_____
3	Voraussetzungen für den Rechnungsversand kubu-sIT neu	_____	_____
4	Allgemeine Nutzungsbedingungen Adobe	_____	_____
5	Produktspezifische Lizenzbestimmungen des Herstellers	_____	_____
6	Leistungsbeschreibung	_____	_____
7	Preisblatt	_____	_____

Diese Rangfolge gilt auch im Rahmen der Einzelaufträge.

2.2 für die jeweiligen Einzelaufträge, je nach Leistungsart, die folgenden EVB-IT AGB:

Auswahl	AGB	Erläuterung
<input type="checkbox"/>	EVB-IT Kauf-AGB	Kauf von Hardware
<input type="checkbox"/>	EVB-IT Instandhaltungs-AGB	Instandhaltung von Hardware
<input type="checkbox"/>	EVB-IT Überlassung Typ A-AGB	Dauerhafte Überlassung von Standardsoftware (Kauf)
<input checked="" type="checkbox"/>	EVB-IT Überlassung Typ B-AGB	Zeitweise Überlassung von Standardsoftware
<input type="checkbox"/>	EVB-IT Pflege S-AGB	Pflege von Standardsoftware
<input type="checkbox"/>	EVB-IT System-AGB	Erstellung von Gesamtsystemen, ggf. einschließlich Systemservice
<input type="checkbox"/>	EVB-IT Systemlieferungs-AGB	Lieferung von Systemen, ggf. einschließlich Systemservice
<input type="checkbox"/>	EVB-IT Erstellungs-AGB	Erstellung bzw. Anpassung von Software
<input type="checkbox"/>	EVB-IT Service-AGB	Systemserviceleistungen
<input type="checkbox"/>	EVB-IT Cloud-AGB	Cloudleistungen
<input type="checkbox"/>	EVB-IT Dienstleistungs-AGB	Dienstleistungen

Die einbezogenen EVB-IT AGB gelten in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung.



Rahmenvereinbarung

- ☐ sowie nachrangig folgende weitere Regelungen des Auftraggebers (z. B. zusätzliche oder besondere Vertragsbedingungen), namentlich _____.

sowie nachrangig zu Nummern 2.1 und 2.2 die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung.

Die oben genannten EVB-IT AGB (zusammen oder einzeln auch die **EVB-IT AGB** genannt) stehen unter evb-it.gov.de zur Einsichtnahme bereit. Die VOL/B wurde im Bundesanzeiger AT Nr. 178a vom 23. September 2003 veröffentlicht.

Die Einbeziehung von Lizenzbedingungen an Standardsoftware* sowie auftragnehmerseitiger AGB für Art und Umfang der Cloudleistungen erfolgt nur nach Maßgabe der jeweiligen Regelungen im Besonderen Teil (Teil B) dieser Rahmenvereinbarung. Dies gilt unabhängig davon, ob und in welcher Rangfolge solche Bedingungen als Anlage in der Tabelle aus Nummer 2.1 aufgelistet werden. Allerdings gelten für Software* bzw. Softwarekomponenten, die Open Source Software* sind, die vom Rechteinhaber vorgegebenen Lizenzbedingungen.

Soweit Allgemeine Geschäftsbedingungen im Sinne von § 305 BGB in den hier referenzierten Dokumenten des Auftragnehmers bzw. den sonstigen vom Auftragnehmer dem Angebot beigefügten Dokumenten Regelungen in den EVB-IT AGB, dieser Rahmenvereinbarung oder Einzelaufträgen widersprechen, sind sie ausgeschlossen.

Weitere Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen, soweit sie nicht ausdrücklich durch den Auftraggeber zugelassen wurden.

Die in diesem Teil A mit * gekennzeichneten Begriffe sind am Ende dieses Vertrages unter „Begriffsbestimmungen“ definiert. Die in Teil B (Module) mit * gekennzeichneten Begriffe sind in den jeweils einbezogenen EVB-IT AGB unter „Begriffsbestimmungen“ definiert.

3 Einzelaufträge

Der Auftragnehmer ist aufgrund eines erklärten Einzelauftrages zu den dort beauftragten Lieferungen und/oder Leistungen verpflichtet, wenn diese nach der Rahmenvereinbarung vorgesehen sind.

Einzelaufträge beziehen die Regelungen der Rahmenvereinbarung ein.

3.1 Abrufe und Bestätigung

3.1.1 Der Einzelauftrag erfolgt

- ☐ mit dem/den Einzelauftragsmuster(n) aus Anlage Nr. _____.
- ☐ mittels elektronischem Bestellsystem gemäß Anlage Nr. _____ und gemäß den dort aufgeführten Bestimmungen.
- ☐ mit dem Bestellformular aus dem ERP-System des Auftraggebers bzw. des jeweiligen Bedarfsträgers.
- ☒ wie nachfolgend beschrieben: **Per E-Mail mit Bestellung aus dem ERP-System (als pdf-Formular in der Anlage)**
- ☐ Die Erteilung des Einzelauftrages erfolgt
- ☐ nach Abstimmung der folgenden Punkte: _____ (z.B. Termine, konkretisierter Leistungsumfang).
- ☐ nach Durchführung des Verfahrens/Abstimmungsprozesses gemäß Anlage Nr. _____.

Rahmenvereinbarung

3.1.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Einzelaufträge aus dieser Rahmenvereinbarung unverzüglich, spätestens jedoch binnen

- ☐ einer Woche
- ☒ 3 ~~Kalender~~Arbeits tagen

wie folgt zu bestätigen:

- ☐ wie in Anlage Nr. _____ vorgesehen
- ☐ in folgendem Internetportal (z. B. Lieferantenportal des Auftragnehmers) wie dort vorgesehen:

- ☒ in Textform an: **Als Antwort auf die Bestell-E-Mail.**

Hinweis: Vor der Bestätigung ist, soweit vereinbart, durch den Auftragnehmer zu prüfen, ob durch den Einzelauftrag Höchstvolumina überschritten werden! Siehe auch Abschnitt "Höchstvolumen" [im Standard Nummer 9].

4 Geschätztes Auftragsvolumen

Das geschätzte Auftragsvolumen, d. h. der geschätzte Auftragswert (Schätzwert) oder die geschätzte Auftragsmenge (Schätzmenge)

- ☐ ergibt sich aus: _____ [z.B. Anlage oder Bekanntmachung]
- ☐ ergibt sich aus Anlage Nr. _____.
- ☐ beträgt _____ Euro (netto).
- ☐ beträgt _____ [z. B. Personentage oder Lizenzen].
- ☐ ergibt sich aus den Regelungen zu den verschiedenen Leistungsarten (siehe Teil B dieser Rahmenvereinbarung)

Geltung des geschätzten Auftragsvolumens in Relation zur Laufzeit

- ☐ Das geschätzte Auftragsvolumen gilt für die gesamte Laufzeit der Rahmenvereinbarung inkl. Verlängerungsoptionen und automatischen Verlängerungen.
- ☐ Das geschätzte Auftragsvolumen gilt für die gesamte Laufzeit der Rahmenvereinbarung ohne Verlängerungsoptionen und ohne deren automatische Verlängerung.
 - ☐ Es erhöht sich durch die Ausübung von Verlängerungsoptionen für die Rahmenvereinbarung bzw. durch deren automatische Verlängerung
 - ☐ anteilig.
 - ☐ wie folgt: _____.

5 Abnahmeverpflichtung/Mindestabnahme

Es besteht keine Verpflichtung zum Abruf von Leistungen aus der Rahmenvereinbarung durch Auftraggeber oder Bezugsberechtigte, es sei denn, es ist in dieser Nummer etwas anderes vereinbart. Weder die Angabe geschätzter Auftragsvolumina noch die von Höchstvolumina führt zu einer Abnahmeverpflichtung.

- ☒ Die Mindestabnahme ergibt sich aus Anlage Nr. **7 (Preisblatt).**



Rahmenvereinbarung

- ☐ Die Mindestabnahme beträgt _____ Euro (netto).
- ☐ Die Mindestabnahme ergibt sich aus den Regelungen zu den verschiedenen Leistungsarten (siehe Teil B dieser Rahmenvereinbarung).

Geltung der Mindestabnahme in Relation zur Laufzeit

- ☒ Die Mindestabnahme gilt für die gesamte Laufzeit der Rahmenvereinbarung inkl. Verlängerungsoptionen und automatischen Verlängerungen.
- ☐ Die Mindestabnahme gilt für die gesamte Laufzeit der Rahmenvereinbarung ohne Verlängerungsoptionen und ohne deren automatische Verlängerung.
 - ☐ Die Mindestabnahme erhöht sich durch die Ausübung von Verlängerungsoptionen für die Rahmenvereinbarung bzw. durch deren automatische Verlängerung
 - ☐ anteilig.
 - ☐ gemäß Anlage Nr. _____.
- ☐ Die Mindestabnahme gilt pro Jahr der Laufzeit der Rahmenvereinbarung, kumuliert über die Gesamtlaufzeit.

6 Höchstvolumen

Das Höchstvolumen, d. h. der Höchstwert oder die Höchstmenge

- ☐ ergibt sich aus _____ [z. B. Bekanntmachung]
- ☐ ergibt sich aus Anlage Nr. _____.
- ☒ beträgt **5.000.000** Euro (netto) (Höchstwert).

Geltung des Höchstvolumens in Relation zur Laufzeit

- ☒ Das Höchstvolumen gilt für die gesamte Laufzeit der Rahmenvereinbarung inkl. Verlängerungsoptionen und automatischen Verlängerungen.
- ☐ Das Höchstvolumen gilt für die gesamte Laufzeit der Rahmenvereinbarung ohne Verlängerungsoptionen und ohne deren automatische Verlängerung.
 - ☐ Es erhöht sich durch die Ausübung von Verlängerungsoptionen für die Rahmenvereinbarung bzw. durch deren automatische Verlängerung
 - ☐ anteilig.
 - ☐ gemäß Anlage Nr. _____

6.1 Mitteilungspflicht des Auftragnehmers

- ☒ Würde durch einen Einzelauftrag eine Höchstmenge bzw. der Höchstwert der Rahmenvereinbarung überschritten, wird der Auftragnehmer den Bezugsberechtigten und den Auftraggeber darauf hinweisen und den Einzelauftrag nicht ohne Freigabe des Auftraggebers und/oder des Bezugsberechtigten annehmen/bestätigen.
- ☒ Die Mitteilung erfolgt zusätzlich mit einer entsprechenden Dringlichkeitsstufe in Textform an folgende Adresse: **software@kubus-it.de**

6.2 Folgen des Erreichens von Höchstvolumina

Bei Erreichen oder Überschreiten des Höchstvolumens ist der Auftragnehmer nicht mehr zur Erfüllung künftiger Einzelaufträge verpflichtet.



Rahmenvereinbarung

Unabhängig davon

- ☒ hat der Auftraggeber das Recht, diese Rahmenvereinbarung fristlos oder mit einer von ihm bestimmten Frist

- ☒ von maximal 3 Monaten

- ☐ von maximal _____ Monaten

zu kündigen.

Sieht die Rahmenvereinbarung mehrere Höchstvolumina vor und sind nicht alle Höchstvolumina ausgeschöpft, hat der Auftraggeber das Recht, die Kündigung auf die Teile der Rahmenvereinbarung zu beschränken, für die die Höchstvolumina ausgeschöpft sind.

- ☐ endet die Rahmenvereinbarung, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

Sind mehrere Höchstvolumina vereinbart, gilt dies erst, wenn alle Höchstvolumina ausgeschöpft sind. Sieht die Rahmenvereinbarung mehrere Höchstvolumina vor und sind nicht alle Höchstvolumina ausgeschöpft, hat der Auftraggeber das Recht, die Teile der Rahmenvereinbarung fristlos oder mit einer von ihm bestimmten Frist

- ☐ von maximal 3 Monaten

- ☐ von maximal _____ Monaten

zu kündigen, für die die Höchstvolumina ausgeschöpft sind.

7 Berichtswesen (Reporting)

7.1 Besondere Mitteilungen zum Ausschöpfungsgrad der Rahmenvereinbarung

- ☒ Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber unverzüglich, wenn

- ☐ 100 % des geschätzten Auftragsvolumens

- ☐ 100 % des Höchstvolumens

- ☐ 75 % des geschätzten Auftragsvolumens

- ☒ 75 % des Höchstvolumens

- ☐ _____ % des geschätzten Auftragsvolumens

- ☐ _____ % des Höchstvolumens

erreicht sind. Dies gilt auch dann, wenn nur einzelne der angegebenen Volumina erreicht sind. Maßgeblich dabei ist der tatsächlich erbrachte Leistungsstand und die sich daraus ergebende Vergütung, soweit nicht nachstehend anders vereinbart: _____.

- ☒ Diese Mitteilung erfolgt zusätzlich mit einer entsprechenden Dringlichkeitsstufe in Textform an folgende Adresse: **software@kubus-it.de**

- ☒ Soweit Höchstvolumina zu 75 % erreicht sind und sich abzeichnet, dass die Einzelaufträge aus der Rahmenvereinbarung kumuliert dazu führen werden, dass vor dem Ende der Laufzeit der Rahmenvereinbarung Höchstvolumina ausgeschöpft sein werden, wird der Auftragnehmer dies dem Auftraggeber unverzüglich mitteilen. Dies gilt auch dann, wenn nur einzelne Höchstvolumina ausgeschöpft sind.

- ☐ Diese Mitteilung erfolgt zusätzlich mit einer entsprechenden Dringlichkeitsstufe in Textform an folgende Adresse: _____

- ☐ Art und Umfang der besonderen Mitteilungspflichten des Auftragnehmers zum Ausschöpfungsgrad ergeben sich aus Anlage Nr. _____.



Rahmenvereinbarung

7.2 Laufende Berichte

☒ Dem Auftraggeber sind durch den Auftragnehmer

☐ monatlich

☐ quartalsweise

☒ jährlich

☐ in folgendem Turnus: _____

bis zum **31.12. des Folgemonats** bezogen auf den Stichtag nachfolgende Informationen in elektronisch auswertbarer Form hinsichtlich jedes einzelnen Einzelauftrags, jeweils mit Netto- und Bruttowerten, zur Verfügung zu stellen (Stichtag ist der Tag des Endes des jeweiligen Berichtszeitraums. Beispielsweise bei einer monatlichen Berichterstattung das Ende des Kalendermonats):

☒ Produktbezeichnung/Bezeichnung der Leistung

☒ Anzahl

☒ Einzelpreise der jeweiligen Leistungen

☒ Gesamtpreis der jeweiligen Leistungen

☒ bis zum Stichtag auf Grundlage dieser Rahmenvereinbarung abgerufene Leistungen (unabhängig davon, ob und inwieweit diese bereits erbracht wurden)

☒ bis zum Stichtag erfolgte Lieferungen / erbrachte Leistungen nach Menge (z. B. bei Abrechnung nach Zeitaufwand die geleisteten Personentage)

☒ Laufzeit und Umfang zugehöriger Systemservice-, Pflege- bzw. Instandhaltungsleistungen

☒ Anzahl der Tage mit Lieferverzug pro Lieferung

☐ gezahlte Vertragsstrafen pro Einzelfall und kumuliert

☐ Nichteinhaltung von Wiederherstellungszeiten in jedem Einzelfall

☐ folgende weitere Informationen: _____

Zeitgleich ist zudem in gleicher Form das kumulierte Bestellvolumen (Netto- und Bruttopreisangabe) bezogen auf den Auftraggeber und sämtliche Bezugsberechtigte mitzuteilen.

Die Informationen sind für die Dauer der Rahmenvereinbarung und darüber hinaus bis zum Ende des letzten noch geltenden Einzelauftrags fortzuschreiben, so dass in der jeweils aktuellsten Übersicht zusätzlich zum aktuellen Zeitraum der gesamte bisherige Vertragszeitraum abgebildet ist.

☒ Die Berichte sind in elektronisch auswertbarer Form an folgende Adresse zu senden: **software@kubus-it.de**.

☐ Die Berichte sind wie folgt zur Verfügung zu stellen: _____

☐ Die Berichtspflichten des Auftragnehmers ergeben sich aus Anlage Nr. _____.

☐ Es bestehen folgende Berichtspflichten des Auftragnehmers: _____.

☐ Es bestehen keine Berichtspflichten des Auftragnehmers.



Rahmenvereinbarung

8 Vergütung der Leistungen

8.1 Grundsätzliches

Die Vergütung der Leistungen des Auftragnehmers ergibt sich aus Anlage Nr. **7 (Preisblatt)** [hier z.B. *Preisblatt angeben*]. Etwas anderes gilt nur, soweit ausnahmsweise eine Preisanpassung [im Standard gemäß Nummer 14] vereinbart ist und/oder soweit nach dieser Rahmenvereinbarung für Einzelaufträge Miniwettbewerbe durchzuführen sind und hierfür der Preis Zuschlagskriterium ist.

Materialkosten, Reisekosten und Nebenkosten* sind in den Preisen enthalten, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist. Reisezeiten werden nicht vergütet, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist.

Die angegebenen Preise verstehen sich als Nettopreise zuzüglich zu zahlender Umsatzsteuer in gesetzlicher Höhe, soweit Umsatzsteuerpflicht besteht.

8.2 Vergütung nach Aufwand

Soweit in Anlage Nr. **7 (Preisblatt)** [hier z.B. *Preisblatt angeben*] eine Vergütung nach Aufwand vorgesehen und im Teil B dieser Rahmenvereinbarung nichts anderes vereinbart ist, gilt Folgendes

8.2.1 Zeiten der Leistungserbringung bei Vergütung nach Aufwand

- ☐ Die Leistungen des Auftragnehmers werden in den Zeiten von 8:00 bis 17:00 Uhr an Arbeitstagen (Montag bis Freitag, außer an gesetzlichen Feiertagen am vereinbarten Ort oder, soweit kein Ort vereinbart ist, beim Bezugsberechtigten) erbracht.
- ☐ Die Leistungen des Auftragnehmers werden auch zu folgenden Zeiten gemäß Anlage Nr. _____ erbracht.

8.2.2 Reisekosten, Nebenkosten*, Materialkosten und Reisezeiten

Abweichend von den Regelungen im Abschnitt "Grundsätzliches" werden

- ☐ Reisekosten vergütet gemäß Anlage Nr. _____.
- ☐ Nebenkosten* vergütet gemäß Anlage Nr. _____.
- ☐ Materialkosten vergütet gemäß Anlage Nr. _____.
- ☐ Reisezeiten zu 50 % als Arbeitszeiten vergütet.
- ☐ Reisezeiten vergütet gemäß Anlage Nr. _____.

8.3 Fälligkeit und Zahlungsfristen

Die Vergütung wird nach der Leistungserbringung fällig und ist innerhalb von 30 Tagen nach Zugang einer prüffähigen Rechnung zu zahlen, soweit nachfolgend oder im Teil B dieser Rahmenvereinbarung nichts anderes vereinbart ist.

Die Prüffähigkeit einer Rechnung setzt bei einer Vergütung nach Aufwand voraus, dass der Auftragnehmer mit der Rechnung von ihm unterschriebene Leistungsnachweise über die Leistungen und die weiteren geltend gemachten Kosten gemäß dem Muster aus Anlage Nr. _____ vorlegt.

- ☐ Abweichend hiervon sind die Leistungsnachweise elektronisch einzureichen, wobei das Format aus Anlage Nr. _____ einzuhalten ist.
- ☐ Abweichend hiervon sind die Leistungsnachweise in folgender Form einzureichen: _____.

Soweit vorstehend keine Form eines Leistungsnachweises vereinbart ist, gilt das Muster 1 zu den EVB-IT Dienstleistungs-AGB.



Rahmenvereinbarung

Die Vergütung für als Dauerschuldverhältnis zu erbringende Leistungen (z. B. Pflegeleistungen) ist abweichend davon wie folgt fällig:

- ☐ monatlich bis zum 15. des auf die Leistungserbringung folgenden Monats.
- ☐ quartalsweise bis zum 15. des zweiten Monats des laufenden Quartals.
- ☒ jährlich bis zum **20.07.** des laufenden Jahres.
- ☐ gemäß Anlage Nr. _____.
- ☐ _____

Abweichend gilt:

- ☐ Die Vergütungen sind nicht 30 Tage, sondern _____ Tage nach Fälligkeit und Zugang einer prüffähigen und zutreffenden Rechnung zu zahlen.
- ☒ Fälligkeit und Zahlungsfristen ergeben sich aus Anlage Nr. **3, 8.**
- ☐ _____

9 Preisanpassungen

Die vereinbarte Vergütung gilt für die Laufzeit der Rahmenvereinbarung und alle Einzelaufträge, jeweils einschließlich etwaiger Verlängerungen. Eine Erhöhung der Vergütung für Produkte und/oder Leistungen ist ausgeschlossen, sofern nicht nachfolgend ausnahmsweise Abweichendes vereinbart ist.

- (1) **Mit dem Angebot reicht der Bieter die Urkalkulation in einer passwortgeschützten Datei ein. Das Passwort für die Datei teilt der Bieter im Falle der beabsichtigten Zuschlagserteilung mit.**
- (2) **Der Auftraggeber verwendet das Passwort nur in den Fällen, in denen eine Preiserhöhung aus seiner Sicht nicht ausreichend begründet und/oder dargelegt wurde.**
- (3) **Die Urkalkulation und das Passwort behandelt der Auftraggeber als Betriebs- und Geschäftsgeheimnis des Auftragnehmers.**
- (4) **Die Urkalkulation muss für jedes angebotene Produkt mindestens folgende Angaben enthalten:**
 - 1. **Produktfamilie,**
 - 2. **Produktbezeichnung,**
 - 3. **SKU / Herstellerartikelnummer,**
 - 4. **Lizenztyp und Lizenzmetrik,**
 - 5. **Laufzeit,**
 - 6. **Währung der Beschaffungspreise,**
 - 7. **zugrunde gelegter Wechselkurs einschließlich Quelle und Stichtag,**
 - 8. **Einkaufspreis bzw. Bezugspreis des Auftragnehmers beim Hersteller, Distributor oder sonstigen Vorlieferanten,**
 - 9. **etwaige Hersteller-, Distributor-, Projekt-, Mengen-, Aktions- oder Sonderrabatte,**
 - 10. **etwaige sonstige preisbildende Faktoren,**
 - 11. **vom Auftragnehmer kalkulierter Aufschlag, Rabatt, Abschlag, Marge oder sonstiger Kalkulationsbestandteil, jeweils gesondert in Prozent und, soweit möglich, in Euro,**
 - 12. **daraus abgeleiteter Netto-Endpreis für den Auftraggeber.**



Rahmenvereinbarung

- (5) Der Auftragnehmer hat die Urkalkulation so auszugestalten, dass der Auftraggeber die Bildung des angebotenen Endpreises sachlich und rechnerisch nachvollziehen kann. Nicht offengelegte Preisbestandteile können später nicht zur Begründung einer Preiserhöhung herangezogen werden.
- (6) Eine mehr als 5%ige Preiserhöhung während der Vertragslaufzeit ist nur zulässig, soweit sie auf einer nachweisbaren Änderung externer preisbildender Faktoren beruht, insbesondere auf einer Änderung der Herstellerpreise, Distributorpreise oder des zugrunde zu legenden Wechselkurses.
- (7) Der Auftragnehmer hat jede Preiserhöhung unter Vorlage einer aktualisierten Urkalkulation nachvollziehbar darzulegen. Die aktualisierte Urkalkulation muss die bisherige Kalkulation, die geänderten preisbildenden Faktoren und die daraus resultierende Preisänderung produktbezogen gegenüberstellen.
- (8) Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, anlässlich einer Preiserhöhung des Herstellers, Distributors oder sonstigen Vorlieferanten seine in der Urkalkulation ausgewiesene Marge, seinen Aufschlag, seinen Abschlag, seinen Rabatt, seine Kalkulationsmethodik oder sonstige eigene Preisbestandteile zu Lasten des Auftraggebers zu verändern. Insbesondere darf eine Erhöhung von Hersteller- oder Distributorpreisen nur in dem Umfang an den Auftraggeber weitergegeben werden, in dem sie sich bei unveränderter Anwendung der in der Urkalkulation offengelegten Kalkulationssystematik auf den Endpreis auswirkt.
- (9) Soweit die Urkalkulation einen prozentualen Aufschlag oder eine prozentuale Marge des Auftragnehmers ausweist, bleibt dieser Prozentsatz während der Vertragslaufzeit unverändert. Soweit die Urkalkulation einen absoluten Aufschlag oder sonstigen festen Kalkulationsbetrag ausweist, bleibt dieser Betrag während der Vertragslaufzeit unverändert. Eine Umstellung zwischen prozentualer und absoluter Kalkulation ist ausgeschlossen, sofern der Auftraggeber dem nicht ausdrücklich in Textform zustimmt.
- (10) Preiserhöhungen werden nur wirksam, wenn der Auftragnehmer sie dem Auftraggeber mindestens 90 Kalendertage vor ihrem beabsichtigten Wirksamwerden in Textform ankündigt und die erforderlichen Nachweise vollständig vorlegt. Bis zur vollständigen und prüffähigen Vorlage der aktualisierten Urkalkulation gelten die zuletzt wirksam vereinbarten Preise fort.
- (11) Preissenkungen bei Herstellerpreisen, Distributorpreisen, Wechselkursen oder sonstigen preisbildenden Faktoren sind nach derselben Kalkulationssystematik unverzüglich und vollständig an den Auftraggeber weiterzugeben. Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber hierüber unverzüglich und stellt eine entsprechend aktualisierte Urkalkulation bereit.
- (12) Der Auftraggeber ist berechtigt, die vorgelegte Urkalkulation und spätere Preisänderungen rechnerisch und sachlich zu prüfen. Bestehen begründete Zweifel an der Richtigkeit oder Vollständigkeit der Angaben, hat der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers geeignete Nachweise vorzulegen, insbesondere Hersteller-, Distributor- oder Vorlieferantennachweise, soweit dem keine zwingenden gesetzlichen Geheimhaltungsgründe entgegenstehen. Vertraulichkeitsinteressen des Auftragnehmers bleiben gewahrt; sie entbinden den



Rahmenvereinbarung

Auftragnehmer jedoch nicht von der Pflicht, die Preisbildung gegenüber dem Auftraggeber prüffähig darzulegen.

(13) Eine Preiserhöhung, die nicht nach Maßgabe dieser Regelung nachgewiesen und berechnet wurde, ist unwirksam und begründet keine Zahlungspflicht des Auftraggebers.

(14) Die in der Urkalkulation offengelegte Kalkulationssystematik gilt als wesentliche Grundlage der Preiswertung und darf während der Vertragslaufzeit nicht zum Nachteil des Auftraggebers geändert werden.

9.1 Preisanpassungsklausel mit Index [...]

9.2 Preiserhöhungen anhand von maximalen Prozentwerten [...]

9.3 Preisanpassungen anhand von Preislisten

9.3.1 Preiserhöhungen anhand von Preislisten [...]

9.3.2 Preissenkungen anhand von Preislisten [...]

9.3.3 Laufende Preisanpassungen anhand von Preislisten [...]

10 Rechnungen

- ☐ Die Rechnung ist nach den folgenden Vorgaben elektronisch einzureichen
 - ☐ E-Rechnungsverordnung des Bundes - ERechV
 - ☐ _____ [z.B. E-Rechnungsverordnung des jeweiligen Landes oder andere Vorschrift]
 - ☐ Dabei ist folgende Leitweg-ID _____ zu verwenden. Zudem müssen alle Pflichtfelder sowie die Zusatzfelder _____ gefüllt sein. Weitere Details ergeben sich aus Anlage Nr. _____.
 - ☐ Die Leitweg-ID(s), auszufüllende Zusatzfelder etc. ergeben sich aus Anlage Nr.
 - ☐ Die Leitweg-ID(s), auszufüllende Zusatzfelder etc. ergeben sich aus dem Einzelauftrag.
- Eine Rechnung, die entgegen vorstehender Regelung nicht elektronisch gestellt wird, begründet keinen Verzug nach § 286 Abs. 3 BGB.
- ☐ Rechnungen sind an folgende Stelle zu richten: _____
- ☐ Der Einzelauftrag wird mit dem jeweiligen Bezugsberechtigten abgerechnet.
- ☒ Die Anforderungen an Rechnungen und weitere Details ergeben sich aus Anlage Nr. **3, 6**.

11 Verantwortlicher Ansprechpartner (m/w/d)

- ☐ Ansprechpartner (m/w/d) für diese Rahmenvereinbarung beim Auftraggeber sind:

Name	Rolle/Leistungsbereich	Organisationseinheit	Telefonnummer	E-Mail

- ☐ Ansprechpartner (m/w/d) für diese Rahmenvereinbarung beim Auftragnehmer sind:



Rahmenvereinbarung

Name	Rolle/Leistungsbereich	Organisationseinheit	Telefonnummer	E-Mail

- ☐ Die Ansprechpartner (m/w/d) für diese Rahmenvereinbarung ergeben sich aus Anlage Nr. ____.

12 Remoteservice*

- ☐ Der Auftragnehmer erbringt entsprechend der Remoteservicevereinbarung gemäß Anlage Nr. ____ die dort aufgeführten Teile der Leistung mittels Remoteservice*.
- ☐ Soweit der Auftragnehmer zur Leistung durch Remoteservice* berechtigt ist, wird er diesen ausschließlich aufgrund der Remoteservicevereinbarung gemäß Anlage Nr. ____ erbringen.

13 Haftpflichtversicherung

- ☒ Der Auftragnehmer weist bei Abschluss dieser Rahmenvereinbarung dem Auftraggeber nach, dass er über eine im Rahmen und Umfang marktübliche Industriehaftpflichtversicherung oder eine vergleichbare Versicherung aus einem Mitgliedsstaat der EU verfügt.

- ☒ Diese muss folgende Mindestdeckungssummen beinhalten, die mindestens 1 mal jährlich in voller Höhe zur Verfügung stehen:
- Vermögensschäden 500.000 Euro
 - Sachschäden 1.000.000 Euro
 - Personenschäden 2.000.000 Euro

Der Auftragnehmer wird diesen Versicherungsschutz bis zum Ende dieser Rahmenvereinbarung und darüber hinaus bis zur Verjährung sämtlicher Mängelansprüche aus den Einzelaufträgen aufrechterhalten. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nach, ist der Auftraggeber nach erfolgloser angemessener Fristsetzung zur Kündigung des Vertrages berechtigt, wenn ihm ein Festhalten am Vertrag nicht mehr zuzumuten ist. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere Schadensersatzansprüche, bleiben hiervon unberührt.

14 Haftungsregelungen

14.1 Haftung des Auftragnehmers

In Fällen leichter Fahrlässigkeit ist die Haftung des Auftragnehmers für alle gesetzlichen und vertraglichen Freistellungs-, Schadens- und Aufwendungsersatzansprüche des Auftraggebers und der Bezugsberechtigten aus der Rahmenvereinbarung und den Einzelaufträgen insgesamt ausschließlich begrenzt auf den kumulierten Auftragswert der erteilten Einzelaufträge. Beträgt der kumulierte Auftragswert 1.000.000 Euro oder weniger, wird für diese Haftungsbeschränkung ein kumulierter Auftragswert von 1.000.000 Euro zugrunde gelegt. Beträgt der kumulierte Auftragswert mehr als 1.000.000 Euro bis zu 2.000.000 Euro, wird ein kumulierter Auftragswert von 2.000.000 Euro zugrunde gelegt. Beträgt der kumulierte Auftragswert mehr als 2.000.000 Euro bis zu 5.000.000 Euro, wird ein kumulierter Auftragswert von 5.000.000 Euro zugrunde gelegt. Beträgt der kumulierte Auftragswert mehr als 5.000.000 Euro bis zu 10.000.000 Euro, wird ein kumulierter Auftragswert von 10.000.000 Euro zugrunde gelegt. Beträgt dieser kumulierte Auftragswert mehr als 10.000.000 Euro, wird für diese Haftungsbeschränkung ein kumulierter Auftragswert von 20.000.000 Euro zugrunde gelegt.

Der Auftragnehmer haftet nicht für entgangenen Gewinn.

Diese Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Ansprüche wegen Vorsatz und grober Fahrlässigkeit, bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei Arglist, soweit das Produkthaftungsgesetz zur Anwendung kommt sowie bei Garantiever sprechen.



Rahmenvereinbarung

Etwaige Haftungsbeschränkungen aus den jeweils in den Einzelauftrag einbezogenen EVB-IT AGB gelten nicht, soweit nicht in nachfolgender Nummer *[im Standard Nummer 21.2]* etwas anderes vereinbart ist.

14.2 Ergänzende bzw. vom Abschnitt "Haftung des Auftragnehmers" *[im Standard Nummer 21.1]* abweichende Haftungsregelungen

14.2.1 Andere Höhenbeschränkung der Haftung aus der Rahmenvereinbarung

- ☐ An die Stelle der in Abschnitt "Haftung des Auftragnehmers" *[im Standard Nummer 21.1]* vorgesehenen Beschränkung der Haftung tritt eine Beschränkung auf
 - ☐ _____ % des Gesamtbetrages der kumulierten Auftragswerte der erteilten Einzelaufträge.
 - ☐ _____ Euro
 - ☐ 5.000.000 Euro

14.2.2 Zusätzliche Beschränkung der Haftung aus dem Einzelauftrag

- ☐ Ergänzend zum Abschnitt "Haftung des Auftragnehmers" *[im Standard Nummer 21.1]* ergeben sich etwaige Beschränkungen der Haftung des Auftragnehmers aus den jeweils in den Einzelauftrag einbezogenen EVB-IT AGB. Sie betreffen die Haftung aus den Einzelaufträgen und gelten pro Einzelauftrag.
 - ☐ An die Stelle der dort vorgesehenen Beschränkung auf den Auftragswert* tritt eine Begrenzung auf _____ % des Auftragswerts* des Einzelauftrags.
 - ☐ An die Stelle der dort vorgesehenen Beschränkung auf den Auftragswert* des Einzelauftrags tritt eine Begrenzung auf _____ Euro.

14.2.3 Sonstige Abweichungen vom Abschnitt "Haftung des Auftragnehmers" *[im Standard Nummer 21.1]*

- ☐ Etwaige Beschränkungen der Haftung gelten nicht bei Datenschutzverletzungen.
- ☐ Etwaige Beschränkungen der Haftung gelten nicht für Freistellungsansprüche
- ☐ Der Auftragnehmer haftet auch für entgangenen Gewinn.
- ☒ Regelungen zur Haftung ergeben sich ausschließlich **aus Anlage-Nr. Teil B Ziffer 13.**

14.3 Haftung des Auftraggebers

- ☐ Die Haftung des Auftraggebers ist wie folgt begrenzt: _____.
- ☐ Die Haftung des Auftraggebers ist begrenzt gemäß folgender Anlage _____.

15 IT-Sicherheit

Unbeschadet ggf. weitergehender gesetzlicher Anforderungen, weitgehender Verpflichtungen aus dieser Rahmenvereinbarung und aus den Einzelaufträgen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dafür zu sorgen, dass der Auftraggeber und die Bezugsberechtigten bei IT-Sicherheitsvorfällen oder Ereignissen, die voraussichtlich zu einem IT-Sicherheitsvorfall führen, von denen der Auftraggeber bzw. die Bezugsberechtigten betroffen sein könnten, unverzüglich über den Vorfall oder das jeweilige Ereignis, potentielle Auswirkungen beim Auftraggeber und den Bezugsberechtigten sowie die ergriffenen Maßnahmen informiert werden.

- ☒ Der Auftragnehmer verpflichtet sich zudem, bei der Erbringung der vertraglichen Leistungen die Regelungen zur IT-Sicherheit **gemäß Anlage-Nr. 8-Teil B Ziffer 13** zu beachten.



Rahmenvereinbarung

16 Allgemeine Sicherheitsanforderungen, Geheimschutz

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

- ☐ sich der Geheimschutzbetreuung durch die jeweils zuständige Stelle zu unterstellen.
- ☐ die Regelungen der Bezugsberechtigten zur Sicherheit am Einsatzort gemäß Anlage Nr. _____ zu beachten.
- ☒ folgende weitere Regelungen einzuhalten: **Teil B Ziffer 13**

17 Vertraulichkeit und Datenschutz

- ☒ Ergänzend zu bzw. abweichend von den jeweiligen Regelungen in den jeweiligen, für den Einzelauftrag geltenden EVB-IT AGB, ergeben sich Regelungen zur Vertraulichkeit aus Anlage Nr. 2a.
- ☐ Soweit durch den Auftragnehmer personenbezogene Daten im Auftrag des jeweiligen Auftraggebers/Bezugsberechtigten verarbeitet werden sollen (Auftragsverarbeitung), gilt Folgendes:
 - ☐ die Parteien des Einzelauftrags treffen auf Verlangen des jeweiligen Auftraggebers/Bezugsberechtigten eine Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung gemäß dem Muster aus Anlage Nr. _____.
 - ☐ Details sind in Anlage Nr. _____ geregelt.
 - ☐ Es gilt die Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung gemäß Anlage Nr. _____.

Ungeachtet dessen muss die Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung zumindest die gesetzlichen Mindestanforderungen beinhalten.

- ☐ Bezüglich der Verarbeitung der personenbezogenen Daten gelten die gesetzlichen Mindestanforderungen und darüber hinaus die Regelungen aus Anlage Nr. _____.

18 Laufzeit und Kündigung der Rahmenvereinbarung und von Einzelaufträgen

18.1 Laufzeit der Rahmenvereinbarung

Die Rahmenvereinbarung ist befristet und beginnt

- ☐ am _____;
- ☐ mit Zuschlag;
- ☒ mit Zuschlag, jedoch frühestens am **21.07.2026**;

sie endet

- ☐ am _____.
- ☒ mit Ablauf von **12** Monaten.

Soweit in Abschnitt "Folgen des Erreichens von Höchstvolumina" [im Standard Nummer 9.3] vereinbart, endet diese Rahmenvereinbarung jedoch unabhängig davon bei Erreichen der entsprechenden Höchstvolumina vorzeitig.

18.2 Verlängerungen der Rahmenvereinbarung

- ☒ Die Rahmenvereinbarung verlängert sich **3** mal jeweils um **12** Monate zu denselben Bedingungen, wenn sie nicht mit einer Frist von 3 Monaten zu ihrem Ende durch den Auftraggeber gekündigt wird. Sie endet jedoch spätestens nach 48 Monaten, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Eine Verlängerung aufgrund dieser Klausel erfolgt nicht, soweit die Rahmenvereinbarung [im Standard: aufgrund Nummer 9.3] vorzeitig endete.



Rahmenvereinbarung

- ☐ Der Auftraggeber ist berechtigt, die Rahmenvereinbarung _____ mal um _____ Monate zu denselben Bedingungen zu verlängern. Die Ausübung der Verlängerungsoption wird der Auftraggeber dem Auftragnehmer spätestens _____ Monate vor dem jeweiligen Vertragsende mitteilen.

18.3 Ordentliche Kündigung der Rahmenvereinbarung

Der Auftraggeber ist berechtigt, die Rahmenvereinbarung vorzeitig mit einer Frist von _____ Monaten zum _____ ordentlich zu kündigen, frühestens jedoch zum Ende des _____ [z. B. zweiten Vertragsjahres]; dieses ordentliche Kündigungsrecht entfällt, wenn sich die Rahmenvereinbarung [im Standard geregelt in Nummer 25.2] verlängert hat.

- ☐ _____.

Soweit in Abschnitt „Folgen des Erreichens des Höchstvolumens“ [im Standard Nummer 9.3] vereinbart, ist der Auftraggeber unabhängig davon berechtigt, diese Rahmenvereinbarung bei Erreichen der entsprechenden Höchstvolumina vorzeitig zu kündigen.

18.4 Ende/Kündigung von Einzelaufträgen

Das Ende der Rahmenvereinbarung lässt die Wirksamkeit bestehender Einzelaufträge unberührt. Für bestehende Einzelaufträge gilt die Rahmenvereinbarung bis zum Ende der Einzelaufträge weiter, soweit nichts anderes vereinbart ist.

- ☒ Der Auftraggeber ist jedoch berechtigt, mit Wirkung frühestens zum Ende der Rahmenvereinbarung auch alle Einzelaufträge zu kündigen, soweit nach deren Rechtsnatur eine Kündigung möglich ist. Bis dahin erbrachte Leistungen werden anteilig vergütet, wobei etwaige Ansprüche wegen Mängeln unberührt bleiben. Nicht erbrachte Leistungen werden auch nicht vergütet, wobei § 648 BGB unberührt bleibt.

- ☐ _____.

- ☐ Weitere Regelungen zum Ende der Rahmenvereinbarung ergeben sich aus dieser Anlage _____

18.5 Außerordentliche Kündigung/Rücktritt

Das Recht der Parteien zur außerordentlichen Kündigung der gesamten Rahmenvereinbarung, von Einzelaufträgen oder jeweils Teilen davon aus wichtigem Grund fristlos oder mit einer Frist bleibt unberührt. Eine Kündigung aus wichtigem Grund bedarf der vorherigen Abmahnung oder einer angemessenen Fristsetzung, es sei denn, dies ist gemäß § 323 BGB Abs. 2 Nr. 1 oder 2 entbehrlich oder es liegen besondere Umstände vor, die unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die sofortige Kündigung rechtfertigen.

Ein wichtiger Grund für den Auftraggeber und die Bezugsberechtigten liegt insbesondere in folgenden Fällen vor:

- Der Auftragnehmer kann ein vereinbartes Produkt nicht mehr liefern und die Zustimmung zur Lieferung eines Ersatzproduktes wird nicht erteilt. In diesem Fall können der Auftraggeber bzw. die Bezugsberechtigten bezüglich des betroffenen Produktes eine Teilkündigung erklären.
- Der Auftragnehmer kann einen wesentlichen Teil des vereinbarten Produktportfolios nicht mehr liefern und die Zustimmung zur Lieferung von Ersatzprodukten wird nicht erteilt. In diesem Fall können der Auftraggeber bzw. die Bezugsberechtigten die Rahmenvereinbarung insgesamt kündigen.
- Der Auftragnehmer verletzt in einem Vertragsjahr schuldhaft und wiederholt Berichtspflichten und/oder Nebenpflichten, wobei geringfügige Verletzungen außer Betracht bleiben.
- Der Auftragnehmer verletzt schuldhaft und wiederholt festgelegte Liefer- bzw. Leistungszeiträume oder -zeitpunkte. Unwesentliche Überschreitungen bleiben dabei außer Betracht.
- Der Auftragnehmer verletzt schuldhaft und wiederholt andere wesentliche Vertragspflichten, wobei geringfügige Verletzungen außer Betracht bleiben.
- Sonstiges



Rahmenvereinbarung

Wird die Rahmenvereinbarung aus Gründen außerordentlich gekündigt, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, sind die Bezugsberechtigten berechtigt, erteilte Einzelaufträge ebenfalls außerordentlich zu kündigen bzw. soweit es sich nicht um Dauerschuldverhältnisse handelt, von nicht vollständig erfüllten Einzelaufträgen ganz oder teilweise zurückzutreten; soweit eine Teilleistung aus dem jeweiligen Einzelauftrag bereits bewirkt ist, kann der Auftraggeber hinsichtlich dieser Teilleistung jedoch nur zurücktreten, wenn er an dieser, unter Berücksichtigung seiner individuellen Situation, objektiv kein Interesse hat.

19 Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte

Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte des Auftragnehmers sind ausgeschlossen, es sei denn, der Auftraggeber bestreitet die zugrundeliegenden Gegenansprüche nicht oder diese sind rechtskräftig festgestellt. Dies gilt auch für ein etwaiges Vermieterpfandrecht, z. B. in Bezug auf Hardware, Software und gehostete Daten des Auftraggebers.

20 Textform

Soweit in dieser Rahmenvereinbarung nichts anderes geregelt ist, bedürfen vertragliche Mitteilungen und Erklärungen mindestens der Textform. Für Störungsmeldungen und Mängelrügen ist der Eintrag in ein Ticketsystem ausreichend.

21 Anwendbares Recht, Gerichtsstand

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss der Normen, die in eine andere Rechtsordnung verweisen, und unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).

Liegen die Voraussetzungen für eine Gerichtsstandsvereinbarung nach §§ 38, 40 ZPO vor, richtet sich der Gerichtsstand für alle Streitigkeiten über die Gültigkeit der Rahmenvereinbarung und der Einzelaufträge und für alle Streitigkeiten aus diesen Vertragsverhältnissen ausschließlich nach dem Sitz der für die Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle. Der Auftraggeber ist auf Verlangen verpflichtet, die ihn im Prozess vertretende Stelle mitzuteilen.

22 Sonstige Vereinbarungen

- ☐ Sonstige Vereinbarungen: _____.
- ☒ Die sonstigen Vereinbarungen ergeben sich aus ~~Anlage Nr. 8~~ Teil B Ziffer 13.



Rahmenvereinbarung

Teil B: Überlassung von Standardsoftware auf Zeit (EVB-IT Überlassung Typ B)

1 Geltung der AGB

Für Einzelaufträge über die zeitlich befristete Überlassung von Standardsoftware gelten die EVB-IT Überlassung-AGB (Typ B) in der jeweils bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung. Die Rangfolge der Geltung ergibt sich aus Teil A Nummer 2 (Bestandteile der Rahmenvereinbarung).

2 Übersicht über die vereinbarten Leistungen

- ☒ Überlassung von Standardsoftware auf Zeit
- ☐ sonstige Leistungen _____

3 Überlassung von Standardsoftware

- ☒ Der Auftragnehmer überlässt dem Auftraggeber nach Einzelauftrag Standardsoftware auf Zeit, ggf. einschließlich sonstiger Leistungen gemäß Anlage Nr. **6**.
- ☐ Folgende Eigenschaften werden vom Auftragnehmer zugesichert: _____.
- ☐ Der Auftragnehmer versichert, dass die in Anlage Nr. _____ aufgelistete Software die dort genannten Eigenschaften aufweist.

Die Überlassung erfolgt beginnend

- ☒ zu dem im Einzelauftrag genannten Zeitpunkt
- ☐ zu dem/n in Anlage Nr. _____ vereinbarten Zeitpunkt(en)

jeweils

- ☐ unbefristet,
 - ☐ mindestens jedoch für die Dauer von _____ Monaten (Mindestvertragsdauer)
- ☐ für die Dauer von _____ Monaten
- ☐ für den/die in Anlage Nr. _____ vereinbarten Zeitraum/Zeiträume
- ☒ für den/die im Einzelauftrag vereinbarten Zeitraum/Zeiträume.

4 Vergütung

Die Vergütung für die vereinbarten Leistungen ergibt sich

- ☒ gemäß Teil A, Abschnitt "Vergütung der Leistungen".
- ☐ Aus dem Miniwettbewerb gemäß Anlage Nr. _____.

4.1 Fälligkeit und Zahlung

Die Vergütung ist

- ☐ monatlich nachträglich bis zum 15. eines jeden Monats fällig
- ☐ quartalsweise bis zum 15. des zweiten Monats des laufenden Quartals.
- ☐ jährlich bis zum _____ des laufenden Jahres.



Rahmenvereinbarung

- ☐ einmalig zum _____.
- ☒ gemäß Anlage Nr. **6**.

4.2 Regelung entfällt.

5 Dokumentation

- ☐ Sprache/Form (ergänzend/abweichend von Ziffer 2.2 EVB-IT Überlassung Typ B): _____
- ☒ Vervielfältigungsrecht
 - ☐ Die Dokumentation der Standardsoftware* gemäß Anlage Nr. _____, dort _____ kann _____fach vervielfältigt werden.
 - ☒ Ergänzende Vereinbarung ~~gemäß Anlage Nr. 8~~ **Teil B Ziffer 13**.

6 Besondere Nutzungsvereinbarungen gemäß Ziffer 3.2 EVB-IT Überlassung Typ B

6.1 Mehrfachnutzung

- ☐ Der Umfang der Mehrfachnutzung ergibt sich aus Anlage Nr. _____, d.h. die Standardsoftware* darf in dem dort genannten Umfang mehrfach gleichzeitig genutzt werden.

6.2 Systemumgebung

- ☐ Die Systemumgebung zur Nutzung der Standardsoftware* ergibt sich aus Anlage Nr. _____.
- ☒ Die Standardsoftware* wird in einer beliebigen Systemumgebung* genutzt.

7 Kopier- oder Nutzungssperren gemäß Ziffer 3.7 EVB-IT Überlassung Typ B

- ☐ Dem Auftragnehmer sind Kopier- oder Nutzungssperren in der Standardsoftware* bekannt. Einzelheiten siehe Anlage Nr. _____.

8 Kündigung (abweichend von Ziffer 4.1 EVB-IT Überlassung Typ B)

- ☐ Es wird eine Kündigungsfrist von _____ Monaten vereinbart.

9 Kopie zu Prüf- und Archivierungszwecken bei Kündigung der Nutzungsrechte bzw. nach Ende der Überlassungsdauer

- ☐ Der Auftraggeber ist berechtigt, nach dem Ende der Überlassungsdauer (wegen Zeitablauf, wegen Kündigung durch den Auftraggeber oder ordentlicher Kündigung durch den Auftragnehmer) eine Kopie der Standardsoftware* einschließlich der Dokumentation zu Prüf- und Archivierungszwecken
 - ☐ gegen gesonderte Vergütung gemäß Anlage Nr. _____
 - ☐ ohne gesonderte Vergütung zu behalten.
- ☐ Der Auftraggeber ist berechtigt, nach dem Ende der Überlassungsdauer (wegen außerordentlicher Kündigung durch den Auftragnehmer) eine Kopie der Standardsoftware* einschließlich der Dokumentation zu Prüf- und Archivierungszwecken
 - ☐ gegen gesonderte Vergütung gemäß Anlage Nr. _____
 - ☐ ohne gesonderte Vergütung zu behalten.



Rahmenvereinbarung

10 Störungsmeldung und Nacherfüllung

10.1 Adresse für Störungsmeldung gemäß Ziffer 7.4 EVB-IT Überlassung Typ B

Die Störungsmeldung erfolgt an folgende Adresse:

Art des Kontakts	Kontaktdaten
<input type="checkbox"/> Name/Firma:	
<input type="checkbox"/> Organisationseinheit/Abteilung:	
<input type="checkbox"/> Postanschrift:	
<input type="checkbox"/> Telefon:	
<input type="checkbox"/> E-Mail:	
<input type="checkbox"/> Web-Adresse des Ticketsystems	

wie folgt:

- ☐ auf einem Störungsmeldeformular gemäß Anlage Nr. _____.
- ☐ mit Ticketsystem*
 - ☐ des Auftragnehmers,
 - ☐ des Auftraggebers,welches
 - ☐ unter der oben angegebenen Web-Adresse erreichbar ist.
 - ☐ wie folgt zur Verfügung gestellt wird _____.
- ☒ formlos.

10.2 Annahme der Störungsmeldung, Ergänzende Vereinbarungen zu Bereitschafts- und Reaktionszeiten

Die Störungsmeldung wird während folgender üblicher Geschäftszeit des Auftragnehmers angenommen: _____

- ☐ Ergänzende Vereinbarung zu Bereitschafts- und Reaktionszeiten gemäß Anlage Nr. _____

10.3 Telefonische Unterstützung

- ☐ Telefonische Unterstützung des Auftraggebers erfolgt nach gesonderter Vereinbarung gemäß Anlage Nr. _____.

11 Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit

- ☒ Ergänzend zu bzw. abweichend von Ziffer 11 EVB-IT Überlassung-AGB (Typ B) ergeben sich Regelungen zur Geheimhaltung bzw. zur Sicherheit **aus Anlage Nr. 8 Teil B Ziffer 13.**
- ☒ Die Parteien treffen Vereinbarungen zum Datenschutz gemäß Anlage Nr. **2a, 2b, Teil B Ziffer 13.**



Rahmenvereinbarung

12 Erfüllungs- und Lieferort

- ☐ Erfüllungsort ist _____.
- ☐ Lieferort (falls abweichend vom Erfüllungsort) ist _____.

13 Sonstige Vereinbarungen

- ☒ Sonstige Vereinbarungen: _____.

13.1 Kündigung aus wichtigem Grund

(1) Der Auftraggeber hat das Recht zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund.

(2) Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn dem Auftraggeber das Festhalten am Vertrag nicht mehr zugemutet werden kann. Ein wichtiger Grund liegt z.B. dann vor, wenn

- der Auftragnehmer wiederholt und trotz schriftlicher Abmahnung mit der Durchführung der Leistung in Verzug geraten ist bzw. diese nur mangelhaft ausgeführt hat;
- anwendbare rechtliche Rahmenbedingungen, insbesondere sozial-, datenschutz- und aufsichtsrechtliche Vorschriften, der Leistungserbringung durch den Auftragnehmer entgegenstehen oder die Leistungserbringung beeinträchtigen;
- ein nicht nur geringfügiger Verstoß gegen Datenschutz-, IT-Sicherheits- und/oder Vertraulichkeitsbestimmungen vorliegt.

In diesen Fällen kann der Auftraggeber den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist mit einer von ihm zu bestimmenden Auslauffrist von bis zu zwei Wochen kündigen.

- (3) Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe gesetzten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, soweit nicht gemäß § 314 i.V.m. § 323 Absatz 2 BGB eine Fristsetzung entbehrlich ist.
- (4) Ist eine Nutzung der Software nicht innerhalb der vereinbarten Frist, nachdem der Auftragnehmer vom Mangel Kenntnis erlangt hat [oder unter Einschaltung technischer Überwachungsmittel hätte erlangen müssen], wiederhergestellt, so kann der Auftraggeber unabhängig von dem Grund der Nichterfüllung, jedoch nicht, wenn ausschließlich höhere Gewalt vorliegt, das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung einer Frist außerordentlich kündigen.
- (5) Der Auftraggeber kann diesen Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist kündigen mit einer von ihm zu bestimmenden Auslauffrist von bis zu zwei Wochen kündigen, wenn der Auftragnehmer nicht nur geringfügig gegen die Datenschutz-, IT-Sicherheits- und/oder Vertraulichkeitsbestimmungen des Auftraggebers oder die einschlägigen gesetzlichen Datenschutzbestimmungen verstößt.
- (6) Ergänzend liegt ein wichtiger Grund vor, wenn der Auftragnehmer in Insolvenz gerät oder die Voraussetzungen zur Eröffnung eines Insolvenz- oder Vergleichsverfahrens gegeben sind.
- (7) Der Auftraggeber kann diesen Vertrag auch dann aus wichtigem Grund kündigen, wenn aufgrund einer Änderung der Rechts- oder Gesetzeslage oder einer sonstigen Maßnahme der Aufsicht führenden



Rahmenvereinbarung

Behörden die Grundlage der Vertragserfüllung wesentlich verändert wird oder ganz entfällt oder anwendbare rechtliche Rahmenbedingungen, insbesondere sozialrechtliche oder datenschutzrechtliche Vorschriften sowie aufsichtsrechtliche Hinweise, der Leistungserbringung durch den Auftragnehmer entgegenstehen oder die Leistungserbringung beeinträchtigen.

- (8) Der Auftragnehmer ist zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt, wenn der Auftraggeber für zwei aufeinander folgende Monate mit der Bezahlung des Entgelts bzw. eines nicht unerheblichen Teils der Preise oder in einem Zeitraum, der sich über mehr als zwei Monate erstreckt, mit der Bezahlung des Entgelts in Höhe eines Betrags, der das Entgelt für zwei Monate erreicht, in Verzug ist.
- (9) Der Auftraggeber kann diesen Vertrag aus wichtigem Grund kündigen, wenn ein Verstoß gegen Regelungen der Nr. 13.4_vorliegt und/oder der Auftragnehmer dies dem Auftraggeber nicht unverzüglich mitgeteilt hat.

13.2 Außerordentliche Kündigung/Rücktritt

- (1) Das Recht der Parteien zur außerordentlichen Kündigung der gesamten Rahmenvereinbarung, von Einzelaufträgen oder jeweils Teilen davon aus wichtigem Grund fristlos oder mit einer Frist bleibt unberührt. Eine Kündigung aus wichtigem Grund bedarf der vorherigen Abmahnung oder einer angemessenen Fristsetzung, es sei denn, dies ist gemäß § 323 BGB Abs. 2 Nr. 1 oder 2 entbehrlich oder es liegen besondere Umstände vor, die unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die sofortige Kündigung rechtfertigen.
- (2) Wird die Rahmenvereinbarung aus Gründen außerordentlich gekündigt, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, sind die Bezugsberechtigten berechtigt, erteilte Einzelaufträge ebenfalls außerordentlich zu kündigen bzw. soweit es sich nicht um Dauerschuldverhältnisse handelt, von nicht vollständig erfüllten Einzelaufträgen ganz oder teilweise zurückzutreten; soweit eine Teilleistung aus dem jeweiligen Einzelauftrag bereits bewirkt ist, kann der Auftraggeber hinsichtlich dieser Teilleistung jedoch nur zurücktreten, wenn er an dieser, unter Berücksichtigung seiner individuellen Situation, objektiv kein Interesse hat.
- (3) Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Vertrages die durch den Auftraggeber bereits geleisteten Vorauszahlungen durch den Auftragnehmer, um den Teil zurückzuerstatten sind, um welchen der Auftraggeber die Leistung des Auftragnehmers aufgrund der vorzeitigen Vertragsbeendigung nicht mehr nutzen konnte. Die Einrede der Entreicherung ist ausgeschlossen.

13.3 Rückforderung von Vorauszahlungen

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Vertrages die durch den Auftraggeber bereits geleisteten Vorauszahlungen durch den Auftragnehmer um den Teil zurückzuerstatten sind, um welchen der Auftraggeber die Leistung des Auftragnehmers aufgrund der vorzeitigen Vertragsbeendigung nicht mehr nutzen konnte. Die Einrede der Entreicherung ist ausgeschlossen.

Rahmenvereinbarung

13.4 Einhaltung der (gesetzlichen) Bestimmungen

1.1.1 Eignungsbeeinträchtigende nationale Regelungen (vgl. Ziff. 5 d) Eigenerklärung zur Eignung)

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der Erfüllung der ihm übertragenden Dienstleistungen die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere solche
 - des Mindestlohngesetzes in der jeweils aktuellen Fassung – sofern die gesetzlichen Bestimmungen des Mindestlohngesetzes im Zusammenhang mit der konkreten Auftragsdurchführung zu berücksichtigen sind – zu beachten. Der Auftragnehmer versichert, dass für Mitarbeiter, die nicht aus der EU stammen (gesetzlich geregelte Arbeitnehmerfreizügigkeit), die erforderlichen Arbeitserlaubnisse vorliegen;
 - des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes;
 - des Aufenthaltsgesetzes und
 - des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes.
- (2) Den begründeten Verdacht eines Verstoßes hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unaufgefordert und unverzüglich mitzuteilen.
- (3) Werden gegenüber dem Auftraggeber Ansprüche aufgrund des Verstoßes gegen eine der vorgenannten gesetzlichen Bestimmungen geltend gemacht, besteht ein Freistellungsanspruch des Auftraggebers gegenüber dem Auftragnehmer.

1.1.2 Schutzklausel Scientology

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich sicherzustellen, dass weder er noch die zur Erfüllung des Vertrages eingesetzten Personen die „Technologie von Ron L. Hubbard“ anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten – weder zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses noch zu einem späteren Zeitpunkt während der Laufzeit dieses Vertrages.
- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, bei einem Verstoß den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen.

1.1.3 Russlandsanktionen

- (1) Der Auftragnehmer gewährleistet für die gesamte Laufzeit dieser Vereinbarung, dass er nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (in der jeweils aktuellen Fassung, aktuell in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022) über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Organisationen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, gehört. Er gewährleistet zudem für die gesamte Laufzeit dieser Vereinbarung, dass die Unterauftragnehmer, Lieferanten sowie Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden und auf deren Lieferungen und Leistungen mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, nicht zu dem genannten Kreis von Personen und Organisationen gehören. Der AN ist verpflichtet, dem AG unverzüglich schriftlich oder in Textform mitzuteilen, sobald und soweit er selbst oder ein Dritter im Sinne des zweiten Satzes dieses Absatzes aufgrund einer Änderung der Umstände nach Abschluss dieser Vereinbarung unter den genannten Kreis von Personen und Organisationen fällt. Eine entsprechende Informationspflicht gilt auch, sobald und soweit der AN oder ein Dritter im Sinne des zweiten Satzes dieses Absatzes zukünftig von „Russlandsanktionen“, insbesondere

Rahmenvereinbarung

solchen nach der VO (EU) Nr. 833/2014 (auch in zukünftigen Fassungen) betroffen sein sollten. Der AG hat das Recht, den Vertrag fristlos zu kündigen, wenn der AN oder ein von ihm eingesetztes Drittunternehmen entgegen der o.g. Verpflichtung von Russlandsanktionen betroffen ist.

- (2) Der Auftraggeber kann eine einmal erteilte Zustimmung zu einem Unterauftragnehmer gegenüber dem Auftragnehmer widerrufen oder dem weiteren Einsatz eines Unterauftragnehmers widersprechen, wenn der Unterauftragnehmer zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (in der jeweils aktuellen Fassung) genannten Personen oder Organisationen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, gehört. Die Einarbeitung eines neuen Unterauftragnehmers erfolgt auf Kosten des Auftragnehmers.
- (3) Ebenso ist der Auftraggeber berechtigt, diesen Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen, wenn der Auftraggeber oder die Unterauftragnehmer, Lieferanten sowie Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden und auf deren Lieferungen und Leistungen mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (in der jeweils aktuellen Fassung) genannten Personen oder Organisationen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, gehören.

13.5 Auskunftspflicht

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber auf Verlangen alle Unterlagen vorzulegen und über alle Tatsachen Auskunft zu erteilen, die zur Ausübung des Aufsichtsrechts über den Auftraggeber bzw. dessen Gesellschafter aufgrund pflichtgemäßer Prüfung der Aufsichtsbehörde des Auftraggebers bzw. seiner Gesellschafter, des Bundesrechnungshofes sowie des Bundeskartellamtes erforderlich sind. Diese Pflicht besteht über das Vertragsende hinaus.

13.6 Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers

- (1) Soweit vorformulierte Regelungen in den referenzierten Dokumenten des Auftragnehmers bzw. den sonstigen vom Auftragnehmer beigefügten Anlagen widersprechen, sind sie ausgeschlossen, es sei denn, es wird nach den folgenden Bestimmungen, ausdrücklich eine andere Vereinbarung in Schriftform getroffen.
- (2) Weitere Geschäftsbedingungen sind ausgeschlossen. Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten auch dann nicht, wenn der Auftraggeber in Kenntnis solcher Geschäftsbedingungen Leistungen des Auftragnehmers vorbehaltlos annimmt.
- (3) Die Parteien sind sich einig, dass Erklärungen, die einseitig über sogenannte „Click-to-Accept“-Prozesse, etwa durch das Anklicken von Schaltflächen, Checkboxen oder ähnlichen technischen Vorrichtungen auf Websites oder in Software-Anwendungen abgegeben werden (müssen), keine eigenständige vertragliche Bindung begründen, soweit sie nicht zuvor schriftlich zwischen den Parteien vereinbart wurden.
- (4) Die Anwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die ausschließlich über einen Click-to-Accept-Prozess bekannt gemacht werden, wird ausgeschlossen, es sei denn, deren Geltung wurde im Rahmen dieses Vertrages ausdrücklich schriftlich vereinbart.

Rahmenvereinbarung

13.7 Datenschutz und IT-Sicherheit

- (1) Die Leistung ist auf dem Gebiet der EU zu erbringen. Dies gilt auch für einen möglichen Einsatz eines Unterauftragnehmers.
- (2) Sollte ein Unterauftragnehmer in die Leistungserbringung einbezogen werden, hat der Auftragnehmer diesen vertraglich so zu binden, dass die Leistung datenschutzkonform und übereinstimmend mit der Organisationssicherheitsrichtlinie (OSRL) erbracht wird, und dies auf Verlangen nachzuweisen. Sollte der Unterauftragnehmer zur Leistungserbringung involviert werden, ist sicher zu stellen, dass der Zugriff nur auf die technisch notwendigen Daten beschränkt ist und nur in Abstimmung mit dem Auftraggeber erfolgt.

13.8 Datenschutz und Vertraulichkeit

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, vertrauliche Informationen des Auftraggebers und nutzungsberechtigter Dritter streng vertraulich zu behandeln, ausschließlich zur Verfolgung der in dem Vertrag festgelegten Zwecke zu verwenden, nur den (angestellten oder freien) Mitarbeitern, Erfüllungsgehilfen oder Beratern zugänglich machen, die mit der Erfüllung von Pflichten oder Obliegenheiten nach dem Vertrag befasst sind. Dies erfolgt auch nur in dem Umfang, in dem diese die vertraulichen Informationen im Rahmen ihrer Tätigkeit für den Auftragnehmer unbedingt benötigen, und sie Dritten nicht zugänglich zu machen.

1.1.4 IT-Sicherheit

- (1) Bei der Vertragsausführung ist die Organisationssicherheitsleitlinie des Auftraggebers einzuhalten.
- (2) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die von ihm zur Leistungserbringung eingesetzten Fachkräfte

Hinweis:

Die im Rahmen der Datenschutzbestimmungen vorgegebenen technischen und organisatorischen Maßnahmen sind zwingend zu erfüllende Nebenleistungspflichten und gelten als integraler Bestandteil der hier ausgeschriebenen Leistungen.

sowohl generell auf den Datenschutz verpflichtet als auch explizit auf diese Vorgabe hingewiesen wurden.

1.1.5 Gesetzliche Anforderungen an die technischen und organisatorischen Maßnahmen

Die vom Auftragnehmer einzuhaltenden technischen und organisatorischen Maßnahmen müssen neben den sonstigen gesetzlichen und vertraglichen Anforderungen geeignet, angemessen und wirksam sein, um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse im Sinne des Geschäftsgeheimnisgesetzes (GeschGehG), personenbezogene Daten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie im Sinne des Sozialgesetzbuches (SGB) zu schützen sowie den sicheren Betrieb der kritischen Infrastrukturen (BSIG) zu gewährleisten. Für den Fall, dass es an einer spezifischeren Regelung fehlt, vereinbaren die Parteien, dass alle Informationen im Kontext der Leistungserbringung für den Auftraggeber der Geheimhaltung durch den Auftragnehmer unterliegen.

13.9 Einsatz von KI

- (1) Der Auftraggeber ist als öffentlicher Auftraggeber der KI-VO (EU AI-Act) in der jeweils aktuell geltenden Fassung unterworfen.



Rahmenvereinbarung

(2) Sofern der Auftragnehmer künstliche Intelligenz (KI) (einschließlich Machine Learning, Deep Learning) zur Leistungserbringung einsetzen möchte, hat er den Auftraggeber vor dem Tätigwerden schriftlich per E-Mail transparent und umfassend zu informieren und dessen Zustimmung abzuwarten. Dazu hat der Auftragnehmer Informationen über die Funktionsweise des KI-Systems dem Auftraggeber bereitzustellen und gegebenenfalls entsprechende Dokumentationen revisionssicher (in unveränderbarer Form, keine Verlinkung) zu übergeben. Dies umfasst unter anderem Informationen über

- den Verwendungszweck,
- die Algorithmen,
- die Art und Herkunft des Trainingsmaterials,
- die technischen Parameter und die Leistungsfähigkeit des Systems sowie
- über die potentiellen Risiken und Nebenwirkungen, die aus dem Einsatz des Systems resultieren könnten.

Die Aufzählung ist nicht abschließend.

(3) Hat der Auftraggeber seine Zustimmung erteilt, verpflichtet sich der Auftragnehmer,

- die technische Dokumentation fortlaufend zu aktualisieren und dem Auftraggeber zur Verfügung zu stellen,
- dieses System fortlaufend zu überwachen, zu aktualisieren und zu pflegen, um die Sicherheit des KI-Anwendung zu gewährleisten,
- wesentliche Änderungen des KI-Systems dem Auftraggeber schriftlich anzuzeigen
- bei wesentlichen Änderungen ein Konformitätsbewertungsverfahren gem. Art. 43 KI-VO durchzuführen,
- unverzüglich über sicherheitsrelevante Vorfälle zu informieren, die im Zusammenhang mit dem Betrieb des KI- Systems stehen
- bei sicherheitsrelevanten Vorfällen, die im Zusammenhang mit dem Betrieb des KI- Systems stehen, unverzüglich Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen.

(4) Die bei sicherheitsrelevanten Vorfällen zu ergreifenden Sicherheitsmaßnahmen werden zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber bereits vor dem Einsatz der KI abgestimmt und fortlaufend unter Berücksichtigung sich ändernder Rahmenbedingungen bzw. Vorgaben der Aufsichtsinstanzen sowie aktueller, insbesondere technischer Entwicklungen und Neuerungen fortgeschrieben. Die finale Entscheidung liegt dabei beim Auftraggeber.

(5) Der Auftraggeber behält sich die Option vor, dass der Auftragnehmer dem Auftraggeber ein nachrangiges Kontrollrecht einräumt, welches diesem ermöglicht, den Einsatz des Systems zu überwachen und bei Bedarf anzupassen oder zu unterbrechen bzw. zu beenden, falls dies zur Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, sofern insbesondere Schadenersatzansprüche gegen den Auftraggeber wegen des Einsatzes von KI geltend gemacht werden, und/oder Vorgaben der Aufsichtsinstanzen erforderlich wird. Entsprechende Kontrollinstrumente sind durch den Auftragnehmer dem Auftraggeber in diesem Fall einzuräumen, um eine angemessene Überwachung durch den Auftraggeber zu ermöglichen.

Rahmenvereinbarung

- (6) Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer ein Qualitätssicherungs- und Risikomanagementsystem zu implementieren. Der Auftraggeber behält sich die Option vor, im Rahmen der Einzelabrufe ggf. benötigte Lizenzen für diese Managementsysteme während der Vertragslaufzeit des Einzelabrufs beim Auftragnehmer – soweit möglich - zu beziehen. Unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit wird der Auftraggeber nach Vorlage eines Angebotes entscheiden, ob er von dieser Option Gebrauch machen wird oder separat anderweitige Beschaffungswege nutzt. Das einschlägige EVB-IT-Vertragsmuster käme in diesem Fall zur Anwendung.
- (7) Erfolgt die Leistungserbringung durch einen Unterauftragnehmer, verpflichtet sich der Auftragnehmer, den Unterauftragnehmer entsprechend vertraglich zu verpflichten, damit diese Leistungspflichten eingehalten werden.
- (8) Aufgrund dessen, dass die am 18.11.2024 veröffentlichte EU-Produkthaftungsrichtlinie 2024/2853 noch nicht in deutsches Recht umgewandelt worden ist und die Regelungen betreffend KI z.B. im Zusammenhang mit der KI-Verordnung in Art und Umfang weiter fortgeschrieben werden, ist es nicht auszuschließen, dass eine Auftragsänderung während der Vertragslaufzeit erforderlich werden kann. Sollten weitere Regelungen erforderlich oder bestehende Regelungen geändert werden müssen, die insbesondere im Zusammenhang mit dem zu verabschiedenden Produkthaftungsgesetz oder mit der KI-Verordnung stehen oder aufgrund entsprechender aufsichtsrechtlicher Weisungen/Hinweisen erforderlich werden, ist der Auftraggeber berechtigt, die bisherigen Regelungen zu überprüfen und unter Wahrung des Dienstleistungscharakters dieses Vertrages entsprechend anzupassen bzw. Regelungen neu aufzunehmen. Dabei darf sich der Gesamtcharakter dieser Rahmenvereinbarung nicht ändern. Eine Änderung der vertraglichen Höchstmenge ist nicht vorgesehen.

13.10 Eskalation

- (1) Es wird ein Eskalationsmechanismus vereinbart. Vertragliche Erklärungen sollen innerhalb von sechs Werktagen, nachdem ihm der Hauptansprechpartner des anderen Vertragspartners einen Sachverhalt und das Bedürfnis nach Entscheidung schriftlich mitgeteilt hat, herbeigeführt werden.
- (2) Ist eine Abstimmung auf der Ebene der Hauptansprechpartner nicht innerhalb von zwölf Werktagen nach Mitteilung des Sachverhalts und des Entscheidungsbedürfnisses getroffen, ist der Vorgang unverzüglich der jeweiligen Geschäftsführung der Vertragspartner oder der von diesen benannten Vertretern zur Entscheidung vorzulegen. Eine abschließende Entscheidung auf dieser Eskalationsstufe soll innerhalb einer Frist von weiteren zwölf Werktagen ab Eingang des Vorgangs getroffen werden.

13.11 Deeskalationsmanagement

Auftraggeber und Auftragnehmer verpflichten sich, im Falle einer sich aus dieser Vereinbarung ergebenden Unstimmigkeit, vor Durchführung eines streitigen Verfahrens, eine gütliche Einigung unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Standpunkte zu erarbeiten bzw. anzustreben. Zu diesem Zweck kann jede Vertragspartei ein Treffen der Hauptverantwortlichen verlangen.

13.12 Allgemeine Sorgfaltspflicht

Der Auftragnehmer verpflichtet, sämtliche Leistungen mit großer Sorgfalt nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung auszuüben, sowie der Entwicklung der Branche und den Bedürfnissen des Auftraggebers in bester Weise gerecht zu werden.



Rahmenvereinbarung

13.13 Gütliche Einigung

Die Parteien verpflichten sich, im Falle einer sich aus diesem Vertrag ergebenden Unstimmigkeit, vor Durchführung eines streitigen Verfahrens, eine gütliche Einigung unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Standpunkte zu erarbeiten bzw. anzustreben. Zu diesem Zweck kann jede Partei ein Treffen der Hauptverantwortlichen verlangen.

13.14 Geheimhaltung

Vom Auftragnehmer dürfen die ihm vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Dokumente ausschließlich im Rahmen dieses Vertrags für den dort genannten Vertragszweck genutzt werden.

13.15 Schriftform

Änderungen, Ergänzungen oder Nebenabreden zu diesem Vertrag, insbesondere solche, die sich aus einem elektronischen Zustimmungsvorgang ergeben könnten, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für eine Änderung oder Aufhebung dieses Schriftformerfordernisses. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen.

13.16 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, oder sollte eine Lücke offenbar werden, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages. Vielmehr sind die Vertragsparteien in einem solchen Fall verpflichtet, die unwirksame oder fehlende Bestimmung durch eine solche zu ersetzen, die wirksam ist und dem mit der unwirksamen oder fehlenden Bestimmung angestrebten wirtschaftlichen Zweck so weit wie möglich nahekommt.

13.17 Anwendbares Recht

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss der Normen, die in eine andere Rechtsordnung verweisen, und unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).

13.18 Gerichtsstand

Als ausschließlicher Gerichtsstand wird München vereinbart.

☐ Die sonstigen Vereinbarungen ergeben sich aus Anlage Nr.

Unterschrift Auftraggeber

Unterschrift Auftragnehmer

Datum, Auftraggeber

Datum, Auftragnehmer

-----BEGIN EVB-IT digital Repro-Code-----

eJzdFduSXMd15a904GkcwZtafr4HEOGGfthWlaQeKtRYvUilzuBHja64b5QPh361nnXN/jJb/yxWes0mmzyVWFfRqoAlhksCTSQdephkTx7rx399xdXN5ffYb9e/Ptfx5yOfz99kbOVORxVlZSp/PraVd+jqgGULTaUIt21a15cYtXN2fXV15/
+n3fzZqNR6FbVnZp33VR2busz1RW13XN+6RK2WGDf2UqPtfPVFTTaaVZ9B9uC7GqZRMcK1X5UVN5Qv+1WLqkmx+HP812h8g3+9kavR04vzx/DpG9fU86fYyXf9foPwXrrq7r9W1/eS3/do0//qae4UOXdlp+eKnl5c38efffzC/u3tZW
k/vt77w8/fv13Gbs16diV/OzFWzkf+evPn/3wec322d//OwxW5Kjdyb6pqrMozx+o4ofVqU2agtOJ+c6fmbxbqgQUYVvtairZFLdia717f1PqP2TjmwVMW4HXO5GV/fXHa5cebcn1a25n8ar7h3/y/9e6P3+3Hz2u3n7//DKd2SUK3r4N5
dwEXQR1FNF1va150JfcoevL+vnMr2ucMQ3rY1VSees2JZUM/jV7D3VbKzFBmLTu2/8+S9/+ff4rdXN+3Xtz/52c//5vN//odf/+nrvVh++YNX8/P6it58ciff8b+9Gfncnr+p8UUh+8mohvLceq2phN+IayBv3xIcade7QWRNXr/a7
zyBpRddeJkKeeVd9ap1U7WwZKdckvYMHcBqW5emC3mZMrTnVhaQoP69p2sdaMkonZ1uu37fWpHpbXFWjcuUeHmB00V20q1Z2ccceG6W9W0UlnA66GpQa1AGfGjhl1WwY8jmkA/208fVxL3/xy799tMa5uGPKx3Jamz
V0Xq1sbnQpK1UDrqp3gXLoUt9CKpUlvf+41S1WswGbgJ1kqH5gThuvUVMK0bc1KjOalYmt5u9+7NPTdCTShE4bGd4bnkc+FRdtzvEPDvtLEOQJf1fv5Hzb+Q54tnq5c35G5MVRX0122dyefL5uGhyrXWN64PCEaJq6tX8kroYHox69Pz+
XsXR+fwdGf6q2uWF3UoAFz1H1G3qdbYzWzOxx8f3cY1u49ur2198Vdv//qvrtW850r6z+cyf/61xf94uzi8qcn16/a/9CfnZgUPzvJ+1/+57+8+Oav5Kq/rnPyDL650D/56mJe/75seymQq50/k8ur+VUrm6P5a/+kh/713/112//+sUz2
PJar1Z2T5pOf86QX/1mVWSHktuvd5u10blzXB6V7Wbu6pGQcTYBCdVoGye+Q6JfYg6EJdYhZg3UlcmmvfvoUuX8Ph5mpg30a2ZkDqtC7q4DLYtYatjavAhdnGALcrVCeEs3qja8H2HhVp3uAq5XfQYcen/hNn+Ptl1EFeoziukEVL
owB55AKA3Mh4Rge4QoeblyzEqc3wPlnW6P63or98NN930/+sAmMn8A8aJgLf12kZmYnukmWt8Vut6dgl1c0LRZQ6a04KgoAd1zGBPy0a/huUJAZAGT1z8/9BTjeJPKR40ABXuo+ctshVZclYFTTm57YTHYfBjRf050aAHeM
DXoPqC/ARR3aTb29JC380zu38QdQD2A5Tnla10aP9Ygk6muse9S8tJQgHFK23foCfMAWzq6aBAP02V1uubKtZNJGHV3z9K1eP0D/v315+59DTWdaaHdUnDm7N4q1k6QR/G4gQKp6ME940lnpL18gEjK19jMCRrc2FyD3zNB0UC
FB02EDFmb68DFWbKHJpcdpqf4C64J0qtJAHN0c413iDeht53cl19/cu/U7D7BCo4GdKAbIKUUCgV1N6ECMU81s+YbTV72CXN0HhWzApomH/KvClYvX1BgrIXW3V2Zf13/WkoyprPTYwpHclQEFklyx0qrWgux2UxHTteaAHuJ99R5/R
BsaocXNrgQrusRzJ5g5rgjXxjXh11zPmkAfgT12QwctbH1XUARNOKdsdNxbZrzmOGaNOwNrZj:1OR1UTP4mUFzE1Wm135moVo1OMGBTGDBFgdcKRY0pwbB1DXVSV4e6bc370p/pobU1vujwc3GCUWagb3Ky2fCaYbNI+nP1zft5urKf78+
useExz15vqaeQFBWZD49QLD//67/7x8C720/ETOPZ+3K/OKeFXOJ/X+MmX019FX3137vt9awavnPH28F5/7Ba030ctvZxOmH+gpk1BucvS9dCmGS+8m36X16cfP5P3/yRF2DXJ5/dv1316cyLbE11a9u8BWR+qgS9t3/A6VLN52U4L3

Rahmenvereinbarung

-----END EVB-IT digital Repro-Code-----

Der Auftragswert ist die Vergütung, die aufgrund eines Einzelauftrags zu zahlen ist.

[illegible]



Rahmenvereinbarung

Nebenkosten	Aufwendungen des Auftragnehmers, die zur Leistungserbringung notwendig und vom Auftraggeber ausdrücklich als zu erstatten vorgesehen sind, aber weder Reisekosten noch Materialkosten sind.
Reaktionszeit	Zeitraum, innerhalb dessen der Auftragnehmer mit den Störungs- bzw. Mängelbehebungsarbeiten zu beginnen hat. Der Zeitraum beginnt bei Cloudleistungen oder soweit ein Monitoring der Leistungen vereinbart mit dem Auftreten der Störung, anderenfalls mit Eingang der Störungsmeldung, läuft jedoch nur in den vereinbarten Servicezeiten*. Tritt die Störung außerhalb dieser Zeiten ein, beginnt die Reaktionszeit mit der nächsten Servicezeit*.
Remoteservice	Leistungen unter Inanspruchnahme von technischen Einrichtungen zur Fernkommunikation von einem Standort außerhalb des Einsatzortes der vertraglichen Leistungen, in einigen EVB-IT AGB auch als Teleservice bezeichnet.
Störung	Beeinträchtigung der Eignung der Leistung zur vertraglich vereinbarten bzw., soweit eine solche Vereinbarung fehlt, zur vorausgesetzten oder sonst zur gewöhnlichen Verwendung. Dies gilt unabhängig von einem Vertretenmüssen und unabhängig davon, ob diese Abweichung bereits bei Leistungsbeginn vorlag.
Systemkomponente	Teil des Gesamtsystems*, z. B. Hard- oder Software*. Hierzu gehören auch überlassene neue Programmstände* für die Software*.
Ticketsystem	Ein Ticketsystem (auch Trouble-Ticket-System genannt) ist ein IT-System, mit dessen Hilfe Meldungen und Anfragen empfangen, klassifiziert, bestätigt und mit dem Ziel der Beantwortung bzw. der Problemlösung bearbeitet und deren Fortschritt beobachtet und überwacht werden können. Das Ticketsystem bestätigt den Eingang der Meldung unter Wiederholung deren Inhalts.